

Kapitel 25 Case Study: Europa

Europa – Ordnung ohne Macht im Zeitalter der multipolaren Weltordnung

Europa als politisches Missverständnis

Europa gilt im politischen Selbstverständnis vieler seiner Akteure als Wertegemeinschaft, als normativer Raum und als historisches Friedensprojekt. Diese Beschreibung ist nicht falsch, aber sie beschreibt nicht das, was Europa in der gegenwärtigen Weltpolitik ist. Sie beschreibt, was Europa sein möchte.

In der globalen Machtordnung des 21. Jahrhunderts ist Europa kein souveräner Akteur, sondern ein politischer Raum mit hoher institutioneller Dichte und geringer strategischer Autonomie. Es verfügt über Regeln, Verfahren und Normen, aber nicht über eine einheitliche Machtbasis, um diese unabhängig durchzusetzen.

Dieses Missverhältnis zwischen Selbstbild und Realität prägt den europäischen Umgang mit Weltpolitik. An die Stelle strategischer Analyse treten moralische Deutungen, psychologische Erklärungen und normative Appelle. Besonders sichtbar wird dies im Umgang mit der amerikanischen Politik, die häufig personalisiert und moralisiert wird, statt strukturell verstanden zu werden.

Europa leidet nicht primär an äußeren Bedrohungen, sondern an einem inneren Kategorienfehler: Es verwechselt Ordnung mit Macht.

1. Europas historische Sonderstellung

Die europäische Integration entstand nicht aus geopolitischer Stärke, sondern aus Erschöpfung. Nach Jahrhunderten innerer Kriege und zwei Weltkriegen wurde Macht nicht mehr als Mittel politischer Gestaltung begriffen, sondern als Risiko, das eingehegt werden musste.

Die europäische Ordnung beruhte auf drei externen Voraussetzungen:

- amerikanischer Sicherheitsgarantie,
- sowjetischer Bedrohung,
- globaler wirtschaftlicher Öffnung.

Diese Konstellation ermöglichte es Europa, sich als zivile, regelbasierte Ordnung zu definieren, ohne selbst die Kosten dieser Ordnung tragen zu müssen. Sicherheit wurde externalisiert, Konflikte institutionell moderiert, Machtfragen vertagt.

Der Erfolg dieses Modells führte jedoch zu einer strukturellen Selbsttäuschung: Ordnung wurde als Ersatz für Macht verstanden, nicht als deren Folge.

2. Die europäische Identität als politisches Konstrukt

Europa besitzt keine einheitliche politische Identität im klassischen Sinne. Es gibt keine gemeinsame Geschichte der Staatlichkeit, keine geteilte geopolitische Erfahrung und keine homogene strategische Kultur. Stattdessen existiert ein Zusammenschluss historisch konkurrierender Nationalstaaten mit unterschiedlichen Interessen, Bedrohungswahrnehmungen und Machttraditionen.

Der Begriff „Europa“ fungiert daher weniger als Beschreibung eines Akteurs denn als normativer Sammelbegriff. Er erzeugt Zusammengehörigkeit auf der Ebene der Werte, ersetzt aber keine gemeinsame Interessenlage.

Diese Unschärfe führt zu paradoxen Effekten:

Je stärker Europa rhetorisch als Einheit beschworen wird, desto deutlicher treten im Krisenfall seine inneren Bruchlinien hervor. Solidarität bleibt situationsabhängig, Führung umstritten, Verantwortung diffus.

Europa ist damit kein politischer Körper, sondern ein Verhandlungsraum.

3. Europa im multipolaren System

Mit dem Übergang zur multipolaren Weltordnung verliert Europa seine strategische Sonderstellung. Die großen Machtachsen verlaufen nicht mehr durch Europa, sondern um es herum: zwischen den USA und China, zwischen Russland und seinem Umfeld, zwischen aufstrebenden Regionalmächten im globalen Süden.

Aus Sicht der USA ist Europa kein gleichwertiger Machtpol, sondern ein stabilisierungsbedürftiger Raum. Russland betrachtet Europa als sicherheitspolitische Pufferzone und Einflussgebiet. China sieht Europa primär als Markt, Investitionsraum und technologischen Ressourcenpool.

Europa wird nicht angegriffen, aber es wird genutzt. Es ist Objekt strategischer Kalküle, nicht deren Ausgangspunkt.

4. Die Illusion strategischer Autonomie

Immer wieder wird in Europa von strategischer Autonomie gesprochen. Gemeint ist die Fähigkeit, unabhängig von externen Mächten sicherheits-, wirtschafts- und außenpolitische Entscheidungen zu treffen. Diese Fähigkeit existiert jedoch nur in begrenztem Maße.

Europa verfügt weder über:

- eine einheitliche militärische Struktur,
- noch über gemeinsame Ressourcenpolitik,
- noch über eine kohärente Außenpolitik.

Die ökonomische Integration ist tief, die politische Integration bleibt fragmentiert. Nationale Interessen dominieren, sobald Entscheidungen Kosten verursachen. Institutionen können Konflikte moderieren, aber keine Macht erzeugen.

Strategische Autonomie bleibt daher ein politisches Schlagwort, kein realer Zustand.

5. Die amerikanische Politik als Spiegel europäischer Schwäche

Die Irritation über die amerikanische Politik – insbesondere unter Donald Trump – ist weniger Ausdruck amerikanischer Unberechenbarkeit als europäischer Erwartungshaltung. Europa hat sich an eine amerikanische Rolle gewöhnt, die Ordnung garantiert, Kosten trägt und gleichzeitig europäische Autonomie toleriert.

Diese Rolle ist im 21. Jahrhundert nicht mehr tragfähig. Die Vereinigten Staaten reagieren auf den Aufstieg Chinas und die Erosion der globalen Ordnung mit einer Konzentration auf eigene Machtressourcen. Allianzen werden neu bewertet, Beiträge eingefordert, Abhängigkeiten offen benannt.

Diese Politik ist nicht irrational, sondern systemisch. Sie macht sichtbar, was zuvor verdeckt war: Europas sicherheitspolitische Abhängigkeit.

6. Das Zeitalter des imperialen Neustarts (Resets)

Die globale Ordnung verschiebt sich von normativen Institutionen hin zu materiellen Machtfaktoren. Geografie, Ressourcen, Technologie und algorithmische Kontrolle gewinnen an Bedeutung. Macht manifestiert sich weniger in Verträgen als in Zugriffsmöglichkeiten.

In diesem Kontext entstehen neue Formen imperialer Politik: Diese äußern sich nicht mehr allein durch formale Annexion, sondern zunehmend durch die Kontrolle von Lieferketten, Rohstoffräumen, Datenflüssen und Infrastrukturen. Staaten werden dabei zu strategischen Vermögenswerten.

Europa verfügt über begrenzte Kontrolle in diesen Bereichen. Es ist hochreguliert, aber ressourcenarm; technologisch stark, aber fragmentiert; wirtschaftlich attraktiv, aber strategisch durchlässig.

7. Europas innere Machtfrage

Das zentrale europäische Problem ist kein Mangel an Werten, sondern das Fehlen einer geklärten Machtstruktur. Deutschland ist wirtschaftlich dominant, politisch jedoch gehemmt. Frankreich beansprucht strategische Führungsrolle, verfügt aber über begrenzte ökonomische Basis. Kleinere Staaten sichern sich über Blockaden und Vetos.

Diese Konstellation verhindert kohärentes Handeln. Europa bleibt handlungsfähig im Normalbetrieb, aber reaktionsschwach im Ausnahmezustand. Macht wird nicht offen verhandelt, sondern institutionell verdeckt.

Ohne Klärung dieser Machtfrage bleibt Europa ein Regelraum ohne strategische Durchsetzungskraft.

Schluss: Europa zwischen Ordnung und Realität

Europa steht vor einer strukturellen Entscheidung. Es kann weiterhin versuchen, Weltpolitik normativ zu kommentieren, ohne sie strategisch zu gestalten. Oder es kann beginnen, Macht realistisch zu denken – mit allen inneren Konflikten, die daraus entstehen.

Der Übergang zur ressourcen- und technologiegetriebenen Weltordnung ist nicht aufzuhalten. Europa wird darin nicht verschwinden, aber es wird seine Rolle neu definieren müssen.

Die zentrale Frage lautet nicht, ob Europa moralisch recht hat, sondern ob es politisch handlungsfähig sein will. Ordnung ohne Macht ist fragil. Macht ohne Ordnung ist gefährlich. Europas Herausforderung besteht darin, beides wieder zusammenzudenken.